

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M., incl. Frachtlohn 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 3 gesp. Petitzeile 20 Pf. Gedruckte Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Zeitungen unter dem Redaktionsbureau die Spalte 40 Pf. Inserate sind reich an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachnahme.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erste Ausgabe täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaktion und Expedition Johannisstraße 33. Besprechungsstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Die in Rücksicht eingehender Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächsten Nummer bestimmten Manuscripte an Wochentagen bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/9 Uhr. In den Filialen für Zulassung: Otto Klemm, Unterwallstraße 22. Druck: Böhme, Rathhausstr. 18, p. nur bis 1/3 Uhr.

Nr. 85.

Mittwoch den 26. März 1879.

73. Jahrgang.

Wohnungs-Vermietung.

Die jetzige für 1880 A jährlichen Mietzins vermietete, zum 1. April d. J. miethfrei werdende Wohnung in der II. Etage und dem Dachgeschoss des nordwestlichen Flügels des Hauptstaatsgebäudes, Bobnhofstraße Nr. 17, bestehend aus 7 Stuben, 4 Kammern und sonstigem Zubehör, nebst einem Gartenplatz, soll nach vorüberiger gründlicher Reparatur und Wiederinstandsetzung vom 1. Juli d. J. an auf sechs Jahre an den Meistbietenden anderweit vermietet werden und betrauen wir hierzu einen Versteigerungstermin an Rathshaus auf

Donnerstag, den 27. d. Mon., Vormittags 11 Uhr, an.

Die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen, in welchen auch die in der Wohnung auszuführenden Vertheilungen näher angegeben sind, sowie das Inventarium liegen an dem Rathshaus, I. Etage, zur Einsicht aus. Leipzig, den 18. März 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Gerull.

Stockholz-Auction.

Mittwoch, den 2. April a. e. sollen von Nachmittags 1/3 Uhr an im Forstreviere Sonnenwisch auf dem Rahlitzberge in Nth. 14

ca. 450 Haken klein gemachtes Stockholz

unter den an Ort und Stelle ausgegebenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: im sogenannten Stempel, unweit des Streiteiches bei Sonnenwisch. Leipzig, am 24. März 1879.

Des Raths Herr-Deputation.

Die Neugefaltung des Handwerks.

Die Neugefaltung des Handwerks bildet nun schon seit geraumer Zeit einen Hauptpunkt der öffentlichen Besprechungen. Das Handwerk empfand die schlechten Zeiten ebenso wie Handel, Großindustrie und Bankwesen, und macht nun an vielen Orten die Gewerbebefreiung für die Rath des Tages verantwortlich. Die Wiederbelebung der Innungen ist in vielen Städten die Parole geworden. Angesichts dieser rückläufigen Bewegung soll hier nur nachdrücklich betont werden, daß die Innungen lediglich wegen ihrer inneren Unhaltbarkeit gesunken sind und daß die Gewerbebefreiung leider in Deutschland um 50 Jahre zu spät eingeführt worden ist. Es ist ein unglückseliges Beginnen, den neuen Wein des modernen Erwerbslebens in die alten Schläuche der Innung zu gießen. Nur auf dem Boden der Gewerbebefreiung werden sich nach und nach in dem Handwerkerstande selbst gesunde genossenschaftliche Bestrebungen entwickeln, denen erst dann, wenn sie sich bewährt haben, die Gesetzgebung zu Hilfe zu kommen braucht, wie dies bei den Credit- und anderen Genossenschaften der Fall gewesen ist. Die nach dem Vorschlage des Oberbürgermeisters Dr. Riquel viel zu empfindlichen Statuten der Schuhmachervereinigung in Ostpreußen gehören zu den Versuchen einer ganz entschieden gesunden genossenschaftlichen Selbsthilfe. Man muß wünschen, daß in dieser Richtung weitere Experimente stattfinden.

Riquel selbst hat hervorgehoben, daß das Neugefaltung nicht wie die alte Innung nach außen gegen die Concurrnz und das Publicum gerichtet sein dürfe, sondern nach innen, auf Meister, Gesellen und Lehrlinge, also den Stand selbst. Die Innungen der Zukunft sind keine Kriegsbereine, sondern bezwecken nur die Hebung des Handwerks in sittlicher und sachlicher Hinsicht. Ein anderer Förderer der neuen gewerblichen Ordnung, der Abgeordnete Ricker, stellt mit Recht den Grund auf, daß jede politische Parteilichkeit aus einer Bewegung ferngehalten sei, welche gleichmäßig alle Vaterlandsfreunde unterstützen müsse! Einwille ist noch Alles in Ordnung. Der alte Innungsgestirnt ringt noch mit der ungeordneten, unbenutzen und leider auch vielfach genutzten Freiheit, und es scheint nach nicht an der Zeit zu sein, diese Bewegung staatsrechtlich in eine ganz bestimmte bürokratische Richtung hineinzudrängen zu wollen, ehe die Beteiligten eine Reihe selbstständiger Versuche auf dem Boden der neugewonnenen Freiheit und Selbstbestimmung gemacht und ehe die Regierungen diese Bemühungen der Handwerker in ihren eigenen gewerblichen Unternehmungen und auf dem Wege der Verwaltung, anstatt auf dem Wege der Gesetzgebung, gefördert haben. Einen nachahmenswerthen Schritt hat — wie schon hervorgehoben — schon der preussische Handelsminister gethan durch ein Circular an die preussischen Regierungen, welches sie auffordert, dahin zu wirken, daß auf Grund der jetzt bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung eine Reubelebung der Innungen versucht werde. Denselben Standpunkt nimmt auch die deutsche Reichsregierung ein. Der Präsident des Reichsanzenrathe hat sich im Reichstage bei der am 21. März geführten wichtigen Debatte über die Abänderung der Gewerbeordnung dahin geäußert, daß die Mehrzahl der deutschen Regierungen nicht beschlichtige, jetzt schon die grundlegenden Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung über das Innungswesen zu ändern. Man wolle zunächst die Erfahrungen abwarten, welche man auf Grund des Circulars des Handelsministers in Preußen machen werde und man dürfe es noch nicht als zweifellos annehmen, daß es dem Handwerkerstande an der Selbstständigkeit und an dem Gemeinfinn fehle,

um auf der Grundlage der jetzt geltenden Bestimmungen eine Organisation herbeizuführen. Nach dieser im Reichstage abgegebenen offiziellen Erklärung werden die deutschen Handwerker gut thun, sich selbst aufzuraffen und die noch so junge Freiheit des Erwerbslebens vorerst zu freiwilligen genossenschaftlichen Schöpfungen zu benutzen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. März.

Ueber die bereits berührten Versuche der Ultramontanen, sich dem Reichsanzenrathe als Bundesgenossen aufzubringen, wird uns vom Montag aus Berlin geschrieben: „Die Enthaltungen unseres vollkommen vertrauenswerten Düssel-dorfer Beobachters über die Eintreibung schuppöllerischer Zustimmungsadressen bei den Ultramontanen Rheinlands und Westfalens lassen bezweifelnder Weise das hierige Jesuitenblatt ziemlich lähl. Der sonstige geschrabte offizielle Dementirkon der „Germania“ wird bei dieser Gelegenheit fallen gelassen und sie gesteht offen zu, „daß sie weit entfernt ist, ihre Parteigenossen zu tadeln, wenn sie es für geboten halten, den Reichsanzenrathe in seiner Wirthschaftspolitik durch Adressen zu stützen und zu bestärken.“ Vollständig gleichgültig ist es, wenn der als ultramontaner Fanatiker wohl bekannte Herr Bernards die Theilnahme an der Adressenfabrikation seiner Partei verweigert und die „Germ.“ autorisirt, Dies bekannt zu machen. Dies Verhalten des Herrn Bernards constatirt eben die Jesuitenpolitik, wie sie von den Centrumsmitgliedern gewöhnlich getrieben wird. Eins ist jedoch gewiß, nämlich, daß unser Düssel-dorfer Gewährsmann den Cardinalpunkt der ultramontanen Wirthschaftspolitik bloßgelegt hat. Derselbe ergänzt seine Mittheilungen heute mit folgenden:

„Sie haben dieser Tage in der „Nordd. Allg. Ztg.“ unter den Zustimmungsadressen an den Fürsten Bismard auch die Namen zahlreicher Städte Rheinlands und Westfalens gefunden. Die Berücksichtigung der Namen der Unterzeichner dieser Adressen würde einen schlagenden Beweis für die Sinnlosigkeit unserer schwarzen Barone am Rauchfang und der Esse geben. Die meisten dieser Theilgen, die sich sonst beim Namen Bismard mit dem Himmel gewandten Augen befreugigten, haben mit ihrem Personal und sonstigen Anhang eilig unterschrieben. Wenn morgen unsere Capläne sich an die Spitze eines Dittganges für den Reichsanzenrathe stellen oder schon bei seinen Lebzeiten seine Dittgung verlangen würden, so das man überzeugt sein, daß die frommen Schuppöllerer fröhlichen Herzens thun, was ihnen ihr Kopfen- und Eiseninteresse gebietet.“

Ueber die Einbrüche, welche der neuernannte französische Botschafter in Petersburg, General Chanzy, von seinem Berliner Anzenhalt gewonnen hat, berichtet man aus Paris der „R.-Z.“ von wohlunterrichteter Seite, daß der General nach dort meldete, wie er während seines Anzenhaltes in Berlin die Ueberzeugung erlangt habe, in den höchsten Kreisen wie bei dem Fürsten Bismard herrschten aufrichtiges Wohlwollen und die freundlichsten Gesinnungen für die französische Republik sowie speciell für die gegenwärtige Regierung. Frappiren muß der Zufall, den General Chanzy seinen Mittheilungen, wie uns berichtet wird, dahin beifügte: Den in Frankreich viel verbreiteten Glauben an die Existenz einer Militärpartei, welche einen neuen Krieg mit Frankreich wütsche, halte er für absolut grundlos. Der Berliner Correspondent des „Temp“ theilt telegraphisch mit, Kaiser Wilhelm habe sich am

Bekanntmachung.

Zu Otern d. J. sind vier Wundarztstipendien im Betrage von 77 A 8 J., 67 A 45 J und zweimal 40 A 47 J an die für, unbedienstete, arme Bürgerkinder, welche sich in der Zeit von Otern d. J. bis Otern d. J. verheiratet haben, von uns zu vergeben und sind schriftliche Gesuche um diese Stipendien unter Beifügung der Beschickungs-Bescheinigung, eines von zwei dießigen Bürgern bei deren Bürgerpflicht ausgefallenen Zeugnisse über die Unbedienstetheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie, was das eine nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederbefreiende Stipendium von 40 A 47 J anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 5. April e. in unserer Registratur, Rathshaus, I. Etage, Zimmer Nr. 15, einzureichen. Leipzig, den 20. März 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Gerull. Richter.

Bekanntmachung.

Aus der Apel'schen Stiftung zur Bekreitung der Kosten des Aufwandes und Vorkommens und zur Beschaffung von Lehrmitteln für arme Knaben, welche die Schneider- oder Schuhmacher-Proffession erlernen wollen, sind einige Spenden zu vertheilen. Bewerbungen darum sind längstens bis zum 5. April e. schriftlich bei uns (Eingangsbureau, Rathshaus, I. Etage, Zimmer Nr. 7) einzureichen. Hierbei bemerken wir, daß solche junge Leute, welche bereits in der Lehre stehen oder außerhalb Leipzig in die Lehre treten wollen, nicht berücksichtigt werden können und daß hier ortsbekanntgewordenen Bewerber in der Regel vor auswärtigen der Borzug zu geben ist. Leipzig, den 20. März 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Gerull. Richter.

Freitag eine ganze Stunde mit dem General Chanzy unterhalten, ebenso habe der Kronprinz an denselben die freundlichsten Worte für ihn, sowie für Frankreich gerichtet. Auf der Soirée der Kaiserin Augusta habe dieselbe den General Chanzy und den Grafen de Saint-Baller an ihrer Seite placirt; der General sei bei Gegenstand freundlicher Aufmerksamkeit von Seiten der hohen Persönlichkeiten des Hofes und der Armee gewesen. Nach einem intimen Diner bei dem Fürsten Bismard habe der Reichsanzenrathe sich bis acht Uhr allein mit dem Grafen de Saint-Baller und dem General Chanzy unterhalten. Jedenfalls geht aus diesen Berichten hervor, daß General Chanzy wie die Berliner offizielle Welt in den besten gegenseitigen Gesinnungen von einander geschieden sind.

Seitens der Diplomatie ist der 22. März dieses Jahres mit ganz besonderer Wärme gefeiert worden, ein Anstand, welcher darauf hinweist, in welcher hohen ehrsüchtigen Achtung Kaiser Wilhelm in diesen Kreisen steht. Bei dem Kaiser-Diner, welches der Reichsanzenrathe für Bismard im Congresssaale des Reichsanzenrathe-Palais veranstaltet hatte, brachte der großbritannische Botschafter Lord Doo Russell das Hoch in schwungvoller Rede aus dem Kaiser Wilhelm aus. Wenige Minuten später toastete für Bismard auf die Monarchen und Regierungen, deren Repräsentanten ihn an diesem Tage mit ihrer Gegenwart beehrt hatten. Der Toast, welchen der Fürst von Hohenzollern bei dem Festdiner in der deutschen Botschaft zu Paris auf den Kaiser ausbrachte, lautete folgendermaßen:

„Wenn ich in lehrjahrgangenen Jahren an diesem Festtage im Kreise befreundeter deutscher Landesleute dem Kaiser meinen ehrerbietigsten Gruß darbrachte, da haben sie stets meiner Aufforderung mit freudiger Begeisterung Folge geleistet und in manchem kräftigen Hoch ihren Gesühnten Ausdruck gegeben. Heute vereint uns das gleiche Fest, heute aber erfüllt uns ein härteres Gefühl, heute schlagen unsere Herzen lebhafter dem Kaiser entgegen und wenn wir uns das Bild unseres lauterlichen Herrn vor Augen vorhalten, so ergreift uns Bewegung bis ins innerste Herz. Wiegt doch das Jahr hinter uns, das uns die schmuckvollen Thaten gebracht, jene Thaten, die wir dem Wohlwollen zuschreiben möchten, wenn wir uns der Erkenntnis verlässigen könnten, daß nicht Wahnsinn, sondern sinnliche Bewunderung die Ursache des Verdrehens gewesen ist und daß juchlose Robbeit die Hand der Verdrehen geleitet. Liegen sie doch hinter uns, jene Tage und Wochen banger Sorgen, wo wir zweifelten, ob dem deutschen Volke der Schmerz und die Demüthigung erspart bleiben werde, den Kaiser durch eine deutsche Wörderhand zu verlieren, dem Deutschland seine Einheit, dem es Macht und Freiheit verbannt. Und nun, da die Gnade Gottes solches Unglück von uns abgewandt, ist unsere Freude um so berechtigt, den Kaiser in alter Mäßigkeit, in gewohnter pflichttreuer Arbeit vor uns zu sehen, zu wissen, daß die schwere Prüfung, die er als Christ und Held getragen, seinen Ruhm nicht erschütterte, seine Kraft nicht gebrochen und seine Liebe und sein Vertrauen zum deutschen Volke nicht gemindert hat. Dankbar erwidert das deutsche Volk ihm Liebe und Vertrauen, und heute zumal thut sich diese Liebe kund in allen treuen deutschen Herzen und findet tausendfachen Ausdruck in dem Wunsche, daß Gott dem Kaiser erhalten wolle bis an die fernste Grenze menschlicher Dauer! So lassen Sie uns denn das Glas erheben und unseren Wunsch zusammenfassen in dem Rufe: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch!“

Der Bruder des Kaisers befindet sich in der Reconvalescenz. Ueber den Zustand des Prinzen Karl kann die „Voss. Ztg.“ vom Dienstag mittheilen, daß der Patient sich seit Sonnabend in steter Besserung befindet. Der Prinz ist den ganzen Tag über auf und löst sich wieder in gewohnter Weise Vortrag halten; der Appetit ist besser ge-

worden, und hat sich ganz besonders die Post und das Bedürfnis zum Rauchen wieder eingestellt. Wie es heißt, wird der Prinz noch vor seiner Ueberfieberung nach Ems resp. Wiesbaden eine Reise nach Italien unternehmen. Ein Bulletin wird seit Sonnabend nicht mehr ausgegeben. Sämmtliche in Berlin anwesende fremde Fürstlichkeiten stützten dem Prinzen ihre Wünsche ab; derselbe empfing die Herrschaften aber nicht, weil seine Kräfte ihm noch Schonung anempfohlen hatten.

Der Marineminister, General v. Stosch, ist in Kiel eingetroffen; derselbe hat die in Kiel und Friedrichsort stationirten Marineabtheilungen inspicirt und wird sich dann nach Wilhelmshafen begeben. — Der provinzialständische Ausschuss von Schleswig-Holstein hat anlässlich der bevorstehenden goldenen Hochzeit des Kaisers beschlossen, 6000 Mark zur Unterstützung Erblindeter anzuweisen. Das ist ein rühmliches und edles Werk! Es gilt in Rom für entschieden, daß der Runtius Alois von München an Reglia's Stelle nach Paris kommt und Bantelli, der frühere Unterstaatssecretair, nach München.

Die bulgarische Bewegung ruht gegenwärtig den Mächten die größte Besorgnis ein. Indem wir auf eine an anderer Stelle unseres Blattes befindliche Correspondenz verweisen, mag hier nur im Allgemeinen hervorgehoben sein, daß, wie es scheint, die Actionspartei es auf einen Conflict ankommen lassen will. Rußland als Schutzmacht ist dadurch in eine ziemlich precäre Lage gerathen. Dabei ist die Frage der gemischten Besetzung Ostrumeliens nach Allem, was man hört, noch immer in Stadium der Vorbesprechung. Die Türkei soll bis jetzt noch immer dagegen sein. Rußlands gegenwärtige Stellung zu der Frage ist noch nicht zuerlässig bekannt. Die Voraussetzung ist natürlich, daß auch russische Truppen bei der gemischten europäischen Besetzung beihellig wären. Man besichtigt, daß feste Beschlässe über die Sache nach keiner Seite vorliegen. Wie die Sachen liegen, so hält das „Journal de St. Petersburg“, das Organ des russischen Ministers des Aussen, es für möglich, daß nicht nur die Intentionen Europas unberücksichtigt bleiben, sondern selbst die formell laufenden Vertragbestimmungen leichtlich umgangen werden könnten. Bekanntermaßen betraut Artikel 15 des Berliner Vertrages mit Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Ostrumelien eine ad hoc zu schaffende inländische Gendarmerie unter Beihilfe einer Localmiliz. Artikel 16 desselben Vertrages aber räumt dem General-Gouverneur das Recht ein, für den Fall, daß die innere oder äußere Sicherheit der Provinz „bedroht“ erscheinen sollte, ottomanische Truppen ins Land zu ziehen, mit der Verpflichtung für die Hohe Pforte, von dieser Maßregel, sowie ihren Beweggründen den in Konstantinopel beglaubigten Vertretern der Mächte Kenntnis zu geben. — Gerüchweise verlautet: Rußland beantragt, die Verwaltung Ostrumeliens solle zwei Jahre lang einer internationalen Commission übertragen werden, welcher ein gemischtes Armeecorps beizugeben sei.

Die englische Flotte vor Konstantinopel soll Dred erhalten haben, bis Anfang Mai in der Bosphorus zu bleiben und die vollständige Räumung des Balkans seitens der Russen abzuwarten. — Der türkische Ministerrath ist mit der Beratung von Maßregeln gegen eine weitere Entwertung der Kaime besäftigt. General Tolleben ist aus Barna in Odessa eingetroffen.

Die Pariser Nachrichten vom Montag lauteten weniger besorgniserregend in Bezug auf einen guten Verlauf der „Ministerkrise Waddington“. Der Minister des Innern und der Culte empfing